

Wirtschaft greift die Vermögenssteuern an

Steuerpolitik Während die Unternehmenssteuerreform III die politische Debatte dominiert, bereitet die Wirtschaft den Boden für die nächsten Steuerrunden.

Das Referendum der Sozialdemokraten gegen die Unternehmenssteuerreform III ist eben erst zu Stande gekommen. Die Abstimmung über die Steuersenkungen für Unternehmen dürfte wohl erst im Herbst nächsten Jahres stattfinden, doch die Diskussion über das Paket mit Steuerausfällen von 1,3 Milliarden Franken allein auf Bundesebene läuft bereits heiss.

Derweil beginnt in Bern langsam die Diskussion darüber, was nach der grossen Reform folgt. Der Luzerner FDP-Ständerat Damian Müller etwa will in die nächste Geländekammer schauen, wie er sagt. Müller bringt da-

rum die Frage der Vermögenssteuern aufs Tapet. Diese zahlen nicht die Unternehmen, sondern die Unternehmer als Privatpersonen in mehreren Kantonen. Mit Erträgen gegen 6 Milliarden Franken jährlich ist die Vermögenssteuer eine wichtige Einnahmequelle für die Kantone. Ökonomen, zum Beispiel jene des liberalen Think-Tanks Avenir Suisse, kritisieren sie als Substanzsteuer, weil sie das Vermögen aufzehrt und keinen Wohlstand generiert. «Substanzsteuern wie die Vermögenssteuer setzen negative Anreize», sagt auch Damian Müller. Das gelte besonders für Inhaber von klei-

nen und mittleren Unternehmen (KMU), «das Rückgrat der Schweizer Volkswirtschaft», sagt Müller. «Unternehmer schaffen durch Investitionen Arbeitsplätze und tragen beträchtlich zum Wohlstand bei.»

Die Krux ist die steuerliche Bewertung einer Firma. Bei nicht börsenkotierten Unternehmen ist die Steuersumme abhängig von Substanz und Erträgen der Firma. «Der Steuerwert liegt bei KMU oft über dem Marktwert», sagt Müller. Er will darum vom Bundesrat Auskunft darüber, wie dieser die steuerliche Belastung der Vermögenssteuer für Unternehmer in der Schweiz einschät-

«Substanzsteuern wie die Vermögenssteuer setzen negative Anreize. Das gilt besonders für Inhaber von KMU.»

Damian Müller
Luzerner FDP-Ständerat

ze. Die Interpellation Müllers ist nur ein erster Schritt, um das Thema in der politischen Diskussion aufzubringen; die kantonalen Vermögenssteuern kann der Bund ohnehin nicht diktieren. Müller verlangt vom Bundesrat jedoch Auskunft über die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit den Kantonen, um Unternehmer vor den Folgen hoher Bewertungen zu entlasten.

Bei der Wirtschaft rennt Müller damit offene Türen ein. «Die Vermögenssteuer belastet die Unternehmer und Unternehmen und ist seit langem ein wichtiges Thema», sagt Christian Frey, Projektleiter Steuer- und Finanz-

politik bei Economiesuisse. «Als Substanzsteuer ist sie von den Erträgen unabhängig und gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten belastend.» Derzeit habe für Economiesuisse die Unternehmenssteuerreform III Priorität. Danach dürfte die Vermögenssteuer aber aufs politische Tapet kommen. Allerdings hat die Wirtschaft bereits weitere Wünsche hängig: Die Stempelsteuer soll abgeschafft werden – was der Bundesrat bisher wegen der hohen Ausfälle verworfen hat –, und bei der Verrechnungssteuer erwartet die Wirtschaft Vereinfachungen.

Fabian Fellmann